

**Antrag 181/II/2018****KDV Marzahn-Hellersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****vertagt auf LPT II/2019 (Konsens)****Für einen von ausländischen Staatsinteressen unabhängigen Islam, zur besseren Integration****1 Den Populisten den Nährboden entziehen!**

2 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und in der  
3 SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus mögen sich für fol-  
4 gende Regelungen auf Landesebene einsetzen und zur  
5 Umsetzung bringen.

6

7 Für die Förderung eines eigenständigen, organisierten Is-  
8 lam als in Deutschland etablierte und akzeptierte Reli-  
9 gionsgemeinschaft ist es notwendig, dass durch einen  
10 Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und den Berliner  
11 islamischen Verbänden bzw. Moscheegemeinden die Vor-  
12 aussetzungen hierfür geschaffen werden.

13 Ziel ist es, ein Islamverständnis zu fördern, welches die  
14 demokratischen Werte der Gesellschaft und die festge-  
15 schriebenen Grundrechte aufnimmt.

16

17 Die Staatsverträge mit muslimischen Verbänden bzw. Or-  
18 ganisationen sollen folgende Ziele,

19

- 20 • Befähigung zur Gründung einer Körperschaft des
- 21 öffentlichen Rechts – vergleichbar den christlichen
- 22 Kirchenorganisationen -,
- 23 • die muslimische Religionsausübung im Verhältnis
- 24 zum Staat,
- 25 • den Religionsunterricht,
- 26 • die Unabhängigkeit von ausländischen staatspoliti-
- 27 schen Interessen sowie Finanzierung,

28

29 regeln.

30

31 Die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Einrichtung ei-  
32 nes islamischen Instituts an der Humboldt-Universität  
33 zu Berlin mit vier Lehrstühlen zum Wintersemester  
34 2018/2019 sind auszubauen. Gleichzeitig kritisieren wir  
35 vehement die Zusammensetzung des Beirats, der sich  
36 ausschließlich aus konservativen und fundamentalisti-  
37 schen Verbänden zusammensetzt, die einem liberalen Is-  
38 lam entgegenstehen.

39

**40 Begründung**

41 Die Bundesrepublik Deutschland, insbesondere die Bal-  
42 lungszentren wie Berlin, sind seit Jahrzehnten Zielland  
43 von Einwander\*innen aus Staaten mit mehrheitlich mus-  
44 limischer Bevölkerung, die auch hier ihr Recht wahrneh-  
45 men, Ihre Religion auszuüben. Was seit den 1960er Jah-  
46 ren überwiegend Bürger aus der Türkei betraf, war in  
47 den 90er Jahren vom Balkan, in den 2000er aus u.a aus  
48 der Nordkaukasus-Region und seit 2015 auch vermehrt  
49 aus den sog. „Maghreb-Staaten“ Nordafrikas jedoch ganz  
50 überwiegend aus dem arabischen Raum, wie Syrien und

(WIEDERVORLAGE | LPT II/2018+LPT I/2019:Überwiesen an  
AG Migration und Vielfalt, AH Fraktion, FA III - Innen- und  
Rechtspolitik)

51 Irak festzustellen.

52 Seit vielen Jahren wird dem Bedürfnis der muslimi-  
53 schen Bürger\*innen nach freier Religionsausübung in den  
54 verschiedenen Gemeinden durch religiöse Kulturvereine  
55 nachgekommen. Bei der Mehrzahl der türkisch dominier-  
56 ten Vereine handelt es sich um Vereine des Dachverbands  
57 Ditib, dessen Personal und Objekte vom türkischen Reli-  
58 gionsministerium gestellt und finanziert werden. Diese  
59 Form, die auf Grund der Arbeitsmigration bzw. Anwer-  
60 bung entwickelt und durch Verträge zwischen der Bun-  
61 desrepublik Deutschland und der Türkischen Republik ver-  
62 einbart wurden, sind nicht mehr zeitgemäß.

63 Sie bedürfen neuer, auf Integration ausgerichtete Struk-  
64 turen. Hinzu kommt, dass die Türkei zwischenzeitlich ihre  
65 bislang eher laizistische Ausrichtung aufgegeben hat und  
66 eine politische Einflussnahme über die türkischen Staats-  
67 beamten als Imame der Ditib-Vereine ausübt.

68

69 Für die vielen arabischen Zuwander\*innen gibt es hinge-  
70 gen aufgrund von fehlenden Finanzierungen nicht genü-  
71 gend Angebote, die sich sichtbar und offen an diese Grup-  
72 pe wenden.

73 Arabische Vereine finanzieren sich überwiegend frei, dürf-  
74 ten jedoch bei einer konservativ-sunnitischen Ausprä-  
75 gung insbesondere finanziellen Zuwendungen aus Saudi-  
76 Arabien zur Durchsetzung der wahabitischen Form der  
77 Glaubensauslegung als saudische Staatsreligion offen ge-  
78 genüber stehen.

79 Bei allen Imamen ist jedoch zu beobachten, dass diese  
80 sich zwar bemühen, auf Deutsch zu predigen, jedoch sel-  
81 ten einen persönlichen oder religiösen Bezug zur Lösung  
82 von auftretenden Alltagsproblemen insbesondere auf Ba-  
83 sis der Werteordnung des Grundgesetzes oder mehrheits-  
84 gesellschaftskonforme Lösungen anbieten können.

85

86 Die gerade aus traditionalistisch-konservativen Kreisen  
87 ablehnenden und teilweise verunglimpfenden Reaktio-  
88 nen, aber auch die wohlwollenden Reaktionen aus der  
89 Mehrheitsgesellschaft auf die Eröffnung der ersten libera-  
90 len Moschee in Berlin, die eine durchaus auch unter inte-  
91 grierten Muslimen mehrheitsfähige Auslegung des Islam  
92 vertritt, der die Gleichstellung von Mann und Frau, Homo-  
93 sexuellen sowie religiösen Minderheiten vereinbart, zei-  
94 gen, dass hier dringender gesetzgeberischer Handlungs-  
95 bedarf besteht.

96

97 Dieses liberale Islamverständnis sollte politisch unter-  
98 stützt, gesellschaftlich aufgegriffen und mit einem is-  
99 lamwissenschaftlichen Diskurs an den Hochschulen in  
100 Deutschland (insbesondere in Berlin) weiterentwickelt  
101 werden.